



WIRTSCHAFTSBEIRAT BAYERN

Im Dialog gestalten

Unternehmerdialog

Kehrtwende Energiepolitik

Dr. Hans Schachtner
Generalsekretär

Dr. Albrecht Schleich
Vorsitzender Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik

München, September 2024

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

WIRTSCHAFTSBEIRAT DER UNION e.V. \ Ottostraße 5 \ 80333 München
T +49 89 2422860 \ info@wbu.de \ www.wbu.de



Die Energiewende Deutschlands ist verfahren!

Deutschland und Europa haben sich ehrgeizige klimapolitische Ziele gesetzt. Für das „Net-Zero-Ziel“ soll Deutschland bis 2045 klimaneutral werden. Das bedeutet eine grundlegende Transformation des Energiesystems und der ganzen Wirtschaft.

Diese Transformation findet aber nicht für sich genommen, sondern in einem turbulenten Umfeld aus einem dynamischen internationalen Hochtechnologiewettbewerb, geopolitischen Umbrüchen und demografischen Engpässen statt und kann nicht losgelöst davon gesehen werden. Der Standort Deutschland muss sich als Ganzes behaupten, Nachhaltigkeit muss umfassend gesehen werden, nicht nur klimapolitisch, auch wirtschaftlich und standortpolitisch, auch finanzpolitisch, auch sicherheitspolitisch.

Bereits heute ist offenkundig, dass wir uns mit der Umsetzung der klima- und energiepolitischen Ziele schwertun, die Nebenwirkungen gravierend sind, die Kosten hoch sind und viele Pläne und Versprechen einem ungedeckten Wechsel gleichen.

Der Entwurf 2025 des Netzentwicklungsplans Strom 2037/2045 erwartet eine Steigerung des Brutto-Stromverbrauchs von im Jahr 2022 547 TWh um 632 TWh bzw. 115 Prozent auf 1.179 TWh im Jahr 2045. Dazu müsste die erzeugte Arbeit aus erneuerbaren Energieträgern von im Jahr 2023 gut 270 TWh um 971 TWh bzw. 360 Prozent auf im Jahr 2045 1241 TWh erhöht werden. Das ist zum einen mit den bisherigen Ausbaugeschwindigkeiten nicht zu schaffen. Zum anderen ist zu fragen, ob der Strombedarf nicht gravierend unterschätzt wird, wenn in einer CO₂-neutralen Wirtschaft allein die Chemische Industrie einen Strombedarf hat, der dem ganz Deutschlands von heute entspricht.

Eine eklatant offene Deckungslücke droht aber bei der gesicherten Leistung. Erneuerbare Energieträger allein können wegen der Volatilität von Wind- und Sonnenstrom auch mittelfristig Versorgungssicherheit nicht vollständig gewährleisten. Deutschland braucht mittelfristig, wenn wir uns nicht ausschließlich auf Importe gesicherter Leistung aus dem europäischen Ausland und auf unsere strategische Reserve verlassen wollen, was nicht zu empfehlen wäre, einen Park von ständig verfügbaren Kraftwerken, der der jeweiligen Höchstlast im deutschen Netz nahekommt. Zurzeit ist dies kein Problem, weil wir neben einem Gaskraftwerkspark von gut 30 GW auch noch über Kohlekraftwerke von ca. 36 GW und Ölkraftwerke von 5 GW verfügen. Damit decken wir die heute bei rund 74 GW liegende Höchstlast gut ab. Doch wird sich die Höchstlast bis zum Jahr 2045 wohl mehr als verdoppeln. Entscheidend ist aber, dass wir die noch am Netz befindlichen Kohlekraftwerke mit einer Leistung von ca. 36 GW aus Klimaschutzgründen so rasch wie möglich abschalten wollen. Wollen wir den Kohleausstieg bis 2030 realisieren – das ist das

Ziel der Bundesregierung, - müsste die Gaskraftwerksleistung von heute gut 30 GW nach Auffassung der Bundesregierung allein bis 2030 um 25 GW, nach Auffassung von BDI und BDEW um einen deutlich höheren Betrag gesteigert werden, was allein schon aufgrund der nur begrenzten Herstellerkapazitäten mehr als unrealistisch ist. Und dieser Bedarf steigt nach 2030 noch weiter an. Vor diesem Hintergrund war es aus heutiger Sicht falsch, im Jahr 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie so zu beschleunigen, dass die letzten Anlagen schon 2022/2023 vom Netz genommen werden mussten, und an diesem Ausstiegsbeschluss über all die Jahre bis heute festzuhalten. Am Ende werden wir die Versorgungssicherheit nur dadurch aufrechterhalten können, dass wir Kohlekraftwerke zu systemrelevanten Anlagen erklären und am Netz belassen. Klimapolitisch ist das widersprüchlich.

Die Kosten für die Transformation des Energiesystems sind dabei enorm. Eine Studie von McKinsey schätzt den Investitionsbedarf bis 2035 auf gut 800 Mrd. Euro, eine Studie von EY sogar auf 1.213 Mrd. Euro, d.h. 121 Mrd. Euro p. a. Da der Löwenanteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von der privaten Wirtschaft getragen wird und werden muss und staatliche Subventionen nur vorübergehend und in Grenzen gewährt werden können, brauchen die Unternehmen die notwendigen zusätzlichen Spielräume, d. h. Gewinne, um dies finanzieren zu können. Der Staat seinerseits muss seinen Anteil an Investitionen in die Infrastruktur unter Beachtung der Schuldenbremse aufbringen, um finanzpolitische Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Auf das Problem fehlender internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise hat die Bundesregierung bislang keine befriedigende Antwort gegeben. Das Argument, Sonne und Wind würden keine Rechnung schicken, weshalb langfristig mit einem deutlichen Absinken der Strompreise zu rechnen sei, führt in die Irre. Auch Redispatchingkosten, Anlagenkosten auch für erneuerbare Energieträger, die Kosten für den notwendigen Ausbau des Gaskraftwerksparks und für dessen Umstellung auf Wasserstoff sowie die Netzausbaukosten für Strom, Gas und Wasserstoff müssen sich vollständig bzw. zum Teil über den Strompreis amortisieren. Die Kosten der Transformation des Energiesystems schlagen unvermeidbar auf die Energiepreise durch - für die Wirtschaft wie für die Verbraucher. Durch staatliche Subventionen kann diese Belastung nicht beseitigt, sondern nur umverteilt werden. Bereits heute hat Deutschland im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiepreise. Das ist nicht die alleinige, aber eine der entscheidenden Ursachen für die wirtschaftliche Stagnation unseres Landes. Auslandsinvestitionen machen einen Bogen um Deutschland, deutsche Investoren halten sich zurück oder gehen ins Ausland. Für mehr und mehr Unternehmen wird es betriebswirtschaftlich immer enger bis hin zu Betriebsschließungen. Die Deindustrialisierung läuft. Damit verlieren wir aber die wirtschaftliche Basis, die wir für die Transformation der Wirtschaft brauchen, weil gesamtwirtschaftlich vor allem die Unternehmen die Spielräume für die notwendigen Investitionen erwirtschaften müssen und nur sie die erforderlichen Innovationen

umsetzen können. Bildlich gesprochen sägen wir zur Zeit gesamtwirtschaftlich wie klimapolitisch an dem Ast, auf dem wir sitzen.

Auf eine effiziente, effektive und realistische Transformationsstrategie einschwenken

Wenn es offensichtlich wird, dass die Klimaziele, die man seinerzeit ohne Prüfung ihrer Realisierbarkeit festgelegt hat, nicht oder nur zu nicht finanzierbaren Kosten zu erreichen sind und wenn wir wissen, dass deutsche und europäische Alleingänge auf das Weltklima so gut wie keinen Einfluss haben, muss man bereit sein, über Ziele und Zeitpfade neu zu diskutieren.

Unabhängig davon: Die bisherige klima- und energiepolitische Strategie der Bundesregierung wie der EU-Kommission nutzt die mögliche Flexibilität, Kreativität, Effizienz und Effektivität in der Transformation der Wirtschaft nur unzureichend, weil sie zu sehr auf politische Vorgaben und zu wenig auf Markt und Wettbewerb, zu wenig auf die Innovationskraft und Kreativität der Unternehmen und zu wenig auf deren Fähigkeit zu zukunftsweisenden Investitionen setzt.

Mit dem Heizungsenergiegesetz verliert sich die Bundesregierung in Details der Transformation. Der Wirtschaftsminister muss kein Konzept für grüne Leitmärkte vorlegen, das ausgewählten Sektoren Preisgarantien und Schutz vor Wettbewerb garantiert. Wir brauchen keine neues Marktdesign, das auf Dauersubventionen für politisch ausgewählte Bereiche hinausläuft. Weder politische Verbote noch Dauersubventionen noch bürokratische Vorschriften (Taxonomie) können eine effektive, effiziente und nachhaltige Transformation bewirken.

Eine effiziente, effektive und im breiten Sinn nachhaltige Transformation muss vorrangig auf Markt und Wettbewerb als Ordnungsrahmen setzen. Deshalb bietet es sich an, den Emissionshandel konsequent als Leitinstrument wirken lassen. Es ist richtig, Bürger und Wirtschaft über die Belastung mit dem CO₂-Preis an den Kosten für die Defossilisierung der Wirtschaft zu beteiligen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel darf der Staat nicht für andere Zwecke ausgeben, auch nicht für die Transformation. Er muss sie über allgemeine und breite Senkungen der Steuern für Unternehmen und für Bürger an diese zurückgeben, damit diese die Lasten sowie Investitionen und Innovationen durch und für die Transformation finanzieren können. Der Staat muss seinerseits für die notwendige Infrastruktur sorgen, aber er muss dies unter Beachtung der Schuldenbremse tun. Überbürokratisierung muss er abschaffen, staatliche Interventionen deutlich reduzieren und einen Regelungsrahmen schaffen, der Innovationen und Technologien den Weg frei macht und nicht einschränkt.

Klimapolitik muss zunächst an der internationalen Dimension ansetzen. Wirklich effektiv gelingt eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen nur mit einem weltweiten Emissionshandelssystem. Deswegen sehen wir es als hauptsächliche Aufgabe der Bundesregierung im Klimaschutz an, an einer wirksamen internationalen Kooperationsstrategie mitzuarbeiten, die mindestens die großen Länder USA, China, Russland und Indien in einem „Klimaclub“ umfasst.

Es ist die Aufgabe der EU, den europäischen Energiebinnenmarkt weiter voranzutreiben und die geplante Erweiterung des Emissionshandelssystems auf Emissionen im Verkehrs- und Wärmebereich zügig umzusetzen. Sie sollte sich auf den weiteren Ausbau des Strombinnenmarktes ebenso konzentrieren wie im Bereich der Energieinfrastruktur darauf hinwirken, dass die großen neuen Infrastrukturaufgaben der Klima- und Energiepolitik wie der Aufbau eines Wasserstoff- und CO₂-Netzes nicht nur national gesteuert, sondern europaweit koordiniert werden. Nur so können Synergieeffekte gehoben und die Effizienz des Systems optimiert werden.

Die Bundesregierung ist beim Ausbau der Infrastruktur ebenfalls gefordert. Hier hat sie in diesem Jahr eine ganze Reihe von wichtigen Projekten angestoßen. So müssen wir das Tempo für den Ausbau der Stromnetze – Übertragungsnetze wie Verteilnetze – in Deutschland weiter deutlich steigern. Erfreulich ist der Einstieg in den Aufbau eines Wasserstoff-Kernetzes, bei dem vorhandene Gasfernleitungen auf den Wasserstofftransport umgerüstet und neue Wasserstoffleitungen für den überregionalen Transport gebaut werden. Auch die deutschlandweite Initiative „H₂ vor Ort“, die sich mit dem Aufbau der regionalen Wasserstoffnetze beschäftigt, ist zu begrüßen und weiter zu fördern. Erfreulich ist auch, dass die Bundesregierung nun auch den Aufbau eines CO₂-Transportnetzes initiiert und ihren Widerstand gegen die Nutzung moderner CCS- und CCU- Technologien aufgegeben hat und über Partnerschaften mit Norwegen auf diesem Feld nachdenkt. Schließlich werden wir die batteriegetriebene Elektromobilität nur dann umsetzen können, wenn die Bundesregierung ihre Bemühungen um einen beschleunigten Aufbau der Ladeinfrastruktur weiter intensiviert.

Weiter ist für einen Erfolg der Klimawende entscheidend, dass wir bei der Zulassung der einzelnen Instrumente keinen falschen Purismus an den Tag legen, sondern pragmatisch vorgehen. So gilt es, die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe zu fördern und nicht aus der Sorge heraus abzulehnen, dies könne die Entwicklung klimafreundlicher Antriebssysteme behindern. Es werden in einer jahrzehntelangen Übergangszeit weltweit noch Tausende von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren unterwegs sein, deren Betrieb durch synthetische Kraftstoffe klimaunschädlich erfolgen kann.

Wir werden große Schwierigkeiten haben, uns mit den riesigen Mengen Wasserstoff zu versorgen, die wir für die Transformation in den einzelnen Bereichen unseres Landes benötigen. Da macht es keinen Sinn, nur grünen Wasserstoff zuzulassen. Vielmehr müssen und können wir in einer längeren Übergangszeit auch blauen und auch grauen Wasserstoff akzeptieren.

Schließlich gilt es auch die Entwicklung neuer Technologien zu fördern, die nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun haben, noch weiter von der praktischen Anwendbarkeit entfernt scheinen, in der Zukunft aber einen wesentlichen Beitrag zu einer CO₂-freien und damit klimaneutralen Energieversorgung leisten könnten. So sollten wir technologische Innovationen bei der Kernfusion wie z.B. die Laserfusionstechnologie ebenso fördern wie neue unter Effizienz- wie Sicherheitsaspekten vielversprechende Innovationen im Kernenergiebereich. Rein ideologisch begründete Denk- und Förderverbote können und sollten wir uns in dieser extrem aufwändigen und schwierigen Transformationsphase nicht leisten.